

**Einladung zur
Delegiertenversammlung
Samstag, 31. März 2012**

**Usine électrique
La Chaux-de-Fonds
Beginn 11.15 Uhr**

*Wichtig: Die Delegierten erhalten mit diesem Heft eine Delegiertenkarte.
Diese muss zu Beginn der Delegiertenversammlung am Eingang des Ta-
gungsortes gegen eine Stimmkarte ausgetauscht werden. Wir erinnern die
Delegierten daran, dass verlorene oder vergessene Delegiertenkarten
grundsätzlich nicht ersetzt werden können.*

Für Anträge bitte Adresse oder E-Mail auf Seite 6 verwenden

ACHTUNG: Ordentlicher Parteitag NEU am 8./9. September 2012

Der ordentliche Parteitag der SP Schweiz wurde vorverlegt:

Neu findet der Parteitag am **8./9. September 2012** statt (nicht wie bisher geplant am 3./4. November 2012). Damit dieser nicht erst fast am Ende des Jahres stattfindet, haben wir uns entschlossen, den Termin früher anzusetzen. Wir hoffen, dass wir mit dieser Terminverschiebung noch rechtzeitig kommen und entschuldigen uns für die dadurch entstehenden Umstände.

Terminübersicht 2012:

22./23. Juni: Koordinationskonferenz und Delegiertenversammlung in Basel

7.-9. September: Koordinationskonferenz und ordentlicher Parteitag in Lugano

Liebe Genossinnen und Genossen

Der Werkplatz Schweiz, insbesondere die Exportwirtschaft, kämpft derzeit mit einem massiv überbewerteten Franken. Tausende Arbeitsplätze der Industrie drohen in den kommenden Monaten für immer zu verschwinden, weil verschiedene Unternehmen, einer reinen Kostenlogik gehorchend, die Stellen ins Ausland verschieben. Diese Desindustrialisierung, die Zerstörung einer gewachsenen, in den jeweiligen Regionen verankerten Tradition, wird von der bürgerlichen Politik einfach hingenommen.


Eine Industriepolitik im Interesse des Werkplatzes, wie sie in unseren Nachbarländern selbstverständlich ist, wird aus ideologischen Gründen abgelehnt. Manche Zyniker verweisen auf das Konzept der „schöpferischen Zerstörung“ des Ökonomen Joseph Schumpeter. Dass damit verbundene menschliche Schicksal der Arbeitnehmenden wird ausgeblendet, die Verantwortung dafür an den Staat delegiert, dem man gleichzeitig bei jeder Gelegenheit die notwendigen Mittel entzieht.

Doch damit nicht genug. Während der Werkplatz und die Interessen der Arbeitnehmenden den wirtschaftsliberalen Dogmen geopfert werden, soll die Politik zum wiederholten Mal für unbelehrbare „Bankster“ die heissen Kartoffeln aus dem Feuer holen. Wenn es um die Interessen des Finanzplatzes geht, ist staatliche Unterstützung plötzlich hoch erwünscht.

Es geht aber nicht darum die beiden Sektoren, den Finanzplatz gegen die Werkplatz, auszuspielen. Beide gehören traditionell zur Schweizer Wirtschaft und bilden die Grundlage unseres Wohlstandes. Doch beide müssen für alle und nicht für wenige funktionieren; müssen den Regeln und Leitplanken gehorchen, die ihnen von der Politik vorgegeben werden.

Wie das geschehen kann und muss, wird das zentrale Thema unserer Delegiertenversammlung sein. Und La Chaux-de-Fonds ist für eine Debatte über die Herausforderungen des Werkplatzes natürlich prädestiniert. Zusammen mit den Referaten von Alain Berset und Christian Levrat ist also für eine spannende und lebendige Delegiertenversammlung gesorgt. Ich freue mich jetzt schon darauf.

Mit besten Grüßen



Stefan Hostettler
Generalsekretär a.i. SP Schweiz

Provisorische Traktandenliste der Delegiertenversammlung vom Samstag 31. März 2012 in La Chaux-de-Fonds

Dauer: 11.15 Uhr - ca. 15.15 Uhr

- 11.15 1. Eröffnung und Grussworte**
Baptiste Hurni, Präsident SP Neuenburg
Ansprache zum 100 Jahre Jubiläum der linken Mehrheit in La Chaux-de-Fonds
Didier Berberat, Ständerat NE
- 11.45 2. Mitteilungen**
- 11.50 3. Rede Christian Levrat, Präsident SP Schweiz, Nationalrat FR**
- 12.15 4. Präsentation Bildungsprojekte SP Schweiz**
- 12.30 5. Plädoyer für den Werkplatz Schweiz**
- Aufforderung für eine aktive Industriepolitik
- Forderungen der SP Schweiz, Verabschiedung Resolution
- 13.30 6. Rede Bundesrat Alain Berset**
- 14.00 7. Parolenfassung für eidg. Abstimmungen am 17. Juni 2012**
- I. Volksinitiative «Eigene vier Wände dank Bausparen»**
Kurzpräsentation: Hildegard Fässler, Nationalrätin SG
- II. Volksinitiative «Für die Stärkung der Volksrechte in der Aussenpolitik (Staatsverträge vors Volk!)»**
Kurzpräsentation: Carlo Sommaruga, Nationalrat GE (angefragt)
- III. Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) (Managed Care)**
Kurzpräsentation: Silvia Schenker, Nationalrätin BS
- 14.45 8. Wahlen in Frankreich : Aufruf der PS France**
Kurzreferat von Nicole Castioni, Kandidatin PS France für den französischen Senat im Wahlkreis Schweiz-Liechtenstein
- 14.55 9. Resolutionen**
- 15.15 10. Schluss / Apéro**

Wichtige Hinweise

DV-Unterlagen

1. DV-Heft mit Traktandenliste
2. Delegiertenkarte

Protokoll

Das Protokoll der Delegiertenversammlung vom 3. Dezember 2011 in Luzern kann im Internet unter www.sp-ps.ch/DV eingesehen und heruntergeladen werden.

Anträge

Alle Anträge müssen bis **Freitag 16. März 2012, 12.00 Uhr** beim Zentralsekretariat der SP Schweiz sein.

Antragsberechtigt sind die Resolutionen der Geschäftsleitung und des Präsidiums.

Resolutionen

Resolutionen müssen bis **Freitag 16. März 2012, 12.00 Uhr** im Zentralsekretariat eintreffen. Diese werden vom Zentralsekretariat übersetzt und an der Delegiertenversammlung als Tischvorlage aufgelegt.

Wo müssen Anträge und Resolutionen hingeschickt werden?

SP Schweiz, Delegiertenversammlung, Spitalgasse 34, Postfach, 3001 Bern

Fax: 031 329 69 70, E-Mail: dv@spschweiz.ch

Telefonische Auskunft zur DV, Miriam Dürr: 031 329 69 79

Empfehlungen der Geschäftsleitung, Tischvorlage

Die Tischvorlage mit den Stellungnahmen der GL bzw. des Präsidiums zu eingegangenen Anträgen und Resolutionen wird ab **Dienstag, 27. März 2012 17.00 Uhr im Internet** veröffentlicht (www.spschweiz.ch/DV) und am Samstag, 31. März 2012 den Delegierten verteilt.

Delegiertenkarten

Alle uns gemeldeten stimmberechtigten Delegierten erhalten mit diesen Unterlagen ihre Delegiertenkarte. Diese muss an der DV am Empfangsschalter gegen eine Stimmkarte eingetauscht werden. Wir machen darauf aufmerksam, dass verlorene bzw. zu Hause liegengelassene Delegiertenkarten an der Delegiertenversammlung nur in äussersten Fällen ersetzt werden können!

Wortmeldungen und Anträge

Die Wortmeldezettel liegen an der DV beim Podium bereit. Sie müssen gut lesbar und komplett ausgefüllt dem/der TagungssekretärIn vorne beim Podium eingereicht werden. Anträge sind ebenfalls schriftlich mit dem Wortmeldezettel zu stellen.

Simultanübersetzung

Die Verhandlungen werden simultan französisch/deutsch und deutsch/französisch übersetzt. Aus Kostengründen bitten wir, dass nur jene Teilnehmerinnen und Teilnehmer Kopfhörer beziehen, die auf die Simultanübersetzung angewiesen sind. Die Kopfhörer müssen unbedingt nach der DV wieder beim Ausgang zurückgegeben werden.

Verpflegung während der Delegiertenversammlung

Während der ganzen Tagung ist ein Getränke- und Snackbuffet eingerichtet.

Zugsverbindungen

Die Zugsverbindungen mit den wichtigsten Schnell- & Intercityzügen nach La Chaux-de-Fonds sind ersichtlich aus den Fahrplaninformationen unter www.sbb.ch/fahrplan und beim Rail Service 0900 300 300 (Chf 1.19/Min).

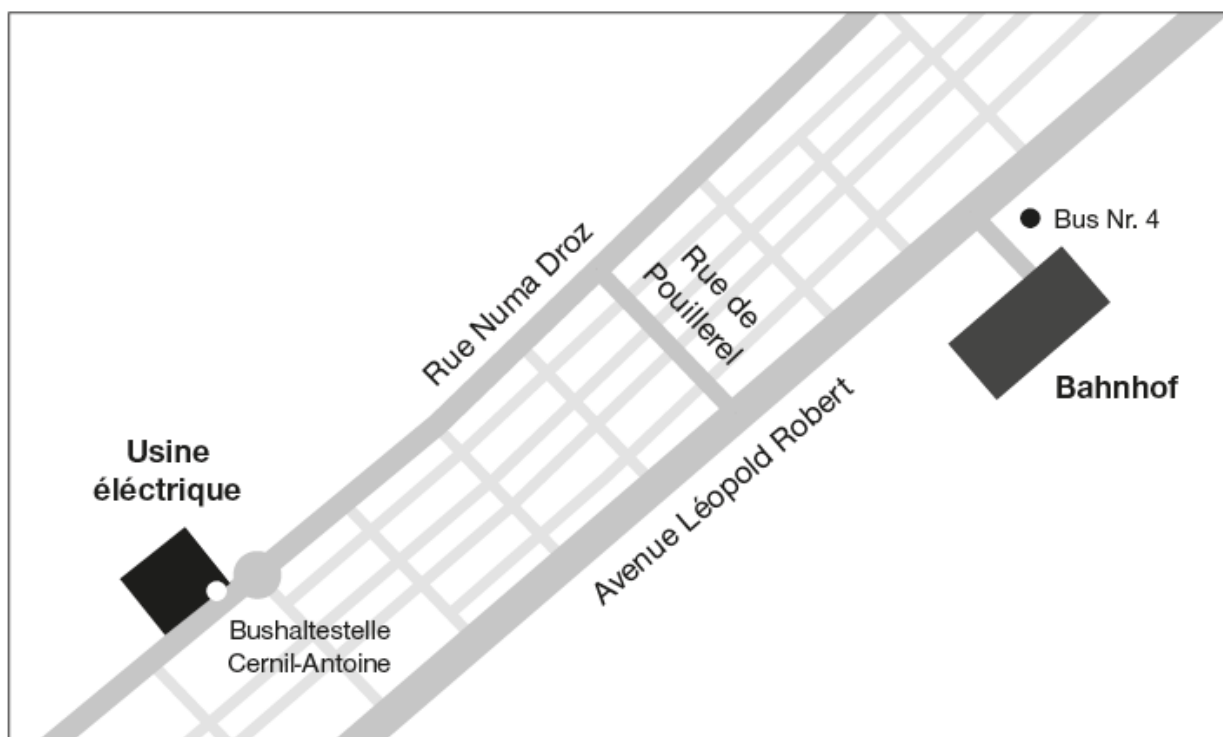
Tagungsort

Adresse : **Usine électrique**, Rue Numa-Droz 174, 2300 La Chaux-de-Fonds

Anreise mit dem öffentlichen Verkehr

Den Veranstaltungsort erreicht man vom Bahnhof mit dem Bus Nr.4 in 5 Minuten. Die Bushaltestelle heisst „Cernil-Antoine“. Zu Fuss gelangt man in 15 Minuten zum Ziel.

Situationsplan



Traktandum 1: 100 Jahre linke Mehrheit in La Chaux-de-Fonds

La Chaux-de-Fonds 1912-2012. Histoires d'une ville de gauche

Man schrieb das Jahr 1877. Der Theologe Jean-Joseph Gaume (1802-1879) prophezeite, die gottlosen Sozialisten würden bald dazu übergehen, «*Leute irgendetwas Götzen darzubringen*» und so die Menschenopfer wieder einzuführen¹. Dreissig Jahre später verkündete der Essayist und Literaturkritiker Emile Faguet (1847-1916) in seinem Werk *Le socialisme en 1907*: «*Das kollektivistische Regime wird permanente Armut zur Folge haben, durchzogen von häufigen Hungersnöten.*»² Diese Meinung scheint auch der Verfasser eines Leitartikels in der freisinnigen Tageszeitung *Le National Suisse* geteilt zu haben, welche in La Chaux-de-Fonds erschien. Am Vorabend der Gemeindewahlen von 1912 schreibt er, «*dass eine energische Anstrengung aller Freunde der Ordnung – klarsichtiger Arbeiter, Händler und Industrieller – noch Aussichten hat, die rote Welle des uneingeschränkten Kollektivismus zu bändigen.*» Und er fährt fort: «*Unsere Stadt ist nicht in ihrer Mehrheit eingenommen von albernen Theorien, die uns einzig und alleine in den Ruin führen würden. Und dies zu einem Zeitpunkt, da die bedrohte Uhrenindustrie mehr denn je darauf angewiesen ist, dass all jene, die guten Willens sind, eng zusammen arbeiten.*»³

Und dennoch gewannen die verabscheuungswürdigen Sozialdemokraten mit Charles Naine (1874-1926) und Ernest-Paul Graber (1875-1956) an der Spitze 1912 die Gemeindewahlen in La Chaux-de-Fonds, welche erstmals nach dem Proporzsystem stattfanden. Seither hat die Sozialdemokratische Partei mit einem kleinen Unterbruch von 1915 bis 1918 stets die Mehrheit in den politischen Behörden der Uhrenstadt inne gehabt. Zuerst alleine, dann ab 1944 mit ihren Verbündeten der kommunistischen Parteien, zu denen sich 1988 die Grünen gesellten. Ein einzigartiges Phänomen für eine Schweizer Stadt dieser Grösse.

Eine Gruppe von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wurde neugierig und nahm es an die Hand, diese ungewöhnliche Geschichte zu erzählen. Von Menschenopfern im Neuenburger Jura fanden sie bei ihren Recherchen keine Spuren. Hingegen entdeckten sie, wie die Linke die Geschäfte der öffentlichen Hand ganz anders führt als die bürgerlichen Parteien. Dass eine solche Untersuchung sich über einen derart langen Zeitraum erstreckt, stellt eine Ausnahme dar. Das Buch *La Chaux-de-Fonds 1912-2012. Histoires d'une ville de gauche* (Geschichten aus einer linken Stadt) erzählt, wie eine Westschweizer Stadt während einem Jahrhundert von der Linken verwaltet wurde.

¹ Quelle : Marc Angenot, *Rhétorique de l'anti-socialisme. Essai d'histoire discursive 1830-1917*, Québec : Presses de l'Université Laval, 2004, S. 170.

² Marc ANGENOT, *ebendort*, S. 141.

³ *Le National Suisse*, 7. Mai 1912.

Das Buch ist bei den Editions Alphil in Neuenburg erschienen und wurde unter der Schirmherrschaft der SP-Sektion La Chaux-de-Fonds geschrieben. Die SP Neuenburg unterstützte das Projekt.

Eine Gruppe von SP-Mitgliedern verfasste das Buch; dieses ist in einer einfachen, lebendigen Sprache gehalten. Mit zahlreichen Illustrationen versehen, beschreibt das Werk die wichtigsten Ereignisse in der Stadtverwaltung der letzten hundert Jahre. Auch die Ankunft von Immigranten aus ganz Europa, die pazifistische, teils antimilitärische Tradition der Linken oder der Kampf um die Bürgerrechte kommen zur Sprache. Auf packende Art und Weise wird das politische Leben La Chaux-de-Fonds seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts erzählt, wie man es noch nie lesen konnte.

Bestellformular

Schicken Sie mir bitte Exemplar (e) des Buches

La Chaux-de-Fonds 1912-2012. Histoires d'une ville de gauche

zum Subskriptionspreis von 29 Franken (inkl. MWST und Versandkosten). Dieses Angebot ist gültig bis zum 20. März 2012. Danach gilt ein Preis von 37 Franken pro Exemplar.

Name : Vorname :

Adresse :

PLZ : Ort :

Datum : Unterschrift :

Schicken Sie diesen Bestellschein an:

Alphil Diffusion, Postfach 5, 2000 Neuenburg 2 oder bestellen Sie das Buch im Internet auf **www.alphil.ch**

Traktandum 4: Bildungsprojekte der SP Schweiz

Projekte der SP Schweiz: Interne Bildung

Die SP Schweiz baut die interne Bildung aus. Dies mit gutem Grund: auch wenn die parteiinterne Bildung in den letzten Jahren wieder etwas gestärkt wurde, namentlich durch die „Jungen Perspektiven“ und insbesondere die Arbeit der Juso, bleibt einiges offen. Die spezifischen Bedürfnisse unserer Genossinnen und Genossen können nur mit einem internen, massgeschneiderten Angebot gedeckt werden.

Eine Umfrage bei den Kantonalparteien hat 3 Bereiche ergeben, in denen Bildungsangebote gewünscht werden. Dies sind: die „Inhaltliche Grundlagenschulung“, die „MandatarInnenschulung“ sowie die „Schulung der Sektionspräsidenten, -vorstände und -aktivistInnen“.

In einer ersten Phase sollen in diesen 3 Bereichen den Mitgliedern insgesamt 12 Kurse angeboten werden (ein späterer Ausbau des Angebots wird angestrebt). Alle Anlässe finden jeweils an einem Samstag statt. Der Zeitplan sieht vor, dass eine Bildungskommission (bestehend aus Bildungsverantwortlichen aus Kantonen, Sektionen und Juso) den Prozess laufend begleitet und betreut, so dass mit der Durchführung des ersten Kurstages im September 2012 das Bildungsprogramm gestartet werden kann.

Das Konzept wird sowohl in der Geschäftsleitung der SP Schweiz, wie auch im Präsidium und an der KoKo diskutiert und anlässlich der DV vom 31. März präsentiert. Das Detailprogramm wird in der Tischvorlage vorgestellt.

Traktandum 5: Plädoyer für den Arbeitsplatz Schweiz

Eine Positionierung der Geschäftsleitung zum Thema ‚Werkplatz Schweiz‘ folgt als Tischvorlage an der Delegiertenversammlung in La Chaux-de-Fonds am 31. März 2012 und wird am Dienstag, 27. März ab 17.00 Uhr im Internet veröffentlicht (www.spschweiz.ch/DV).

Traktandum 7: Parolenfassung für eidg. Abstimmungen am 17. Juni 2012

I. Volksinitiative «Eigene vier Wände dank Bausparen» (HEV-Initiative)

Das steuerbegünstigte Bausparen ist ein bürgerliches Anliegen, dem seit Jahren mit immer neuen Volksinitiativen, Standesinitiativen und parlamentarischen Vorstössen zum Durchbruch verholfen werden soll. Aktuell sind es die beiden Volksinitiativen «Für ein steuerlich begünstigtes Bausparen zum Erwerb von selbstgenutztem Wohneigentum und zur Finanzierung von baulichen Energiespar- und Umweltschutzmassnahmen (Bauspar-Initiative)» sowie «Eigene vier Wände dank Bausparen» (HEV-Initiative). Es bestehen jedoch grundsätzliche Zweifel am Sinn und an der Wirkung des steuerbegünstigten Bausparens zur Förderung von mehr Wohneigentum und insbesondere zur Schaffung von zahlbarem Wohnraum für alle. Konkret sieht die HEV-Initiative eine steuerliche Privilegierung von Bauspareinlagen für den erstmaligen Erwerb von selbstgenutztem Wohneigentum in der Schweiz (maximal 10 000 Franken jährlich, Ehepaare das Doppelte) während längstens zehn Jahren vor.

Von steuerlichen Förderungsmassnahmen profitieren aber immer in erster Linie hohe Einkommen. Viel wirkungsvoller sind direkte Fördermassnahmen für den sozialen Wohnungsbau für die unteren und mittleren Einkommen. Es kommt hinzu, dass die vorgeschlagenen Massnahmen zu unverantwortlichen Steuerausfällen führen. Zudem verkomplizieren solche fiskalischen Privilegierungen das bereits wenig übersichtliche Steuersystem weiter. Letztlich ist das steuerlich begünstigte Bausparen auch unnötig, da bereits mit den Vorbezügen der 2. Säule ein Instrument für die breitere Förderung des Wohneigentums vorhanden ist.

Von der HEV-Initiative „Eigene vier Wände dank Bausparen“ profitieren - entgegen der Behauptung der InitiantInnen - gerade Schwellenhaushalte nicht, da ihnen gar nicht genügend Einkommen zur Verfügung steht, um steuerbefreit innert zehn Jahren genügend Eigenmittel zur Seite legen zu können. Verschiedene Studien belegen, dass Bausparen eine ungünstige sozial- und einkommenspolitische Wirkung aufweist und nur zu einem vernachlässigbaren Teil dazu führt, dass Schwellenhaushalte selbstgenutztes Wohneigentum erwerben können. Vor allem aber profitieren jene Personen mit hohem Einkommen von einer Steuererleichterung, die sowieso - auch ohne Anreiz durch das Bausparen - ein Eigenheim gebaut hätten.

Es gilt weiter zu beachten, dass die Rechtsgleichheit aufgrund der Besonderheiten der Wohneigentumsbesteuerung bereits heute krass verletzt wird. Die aktuell tiefen Eigenmietwerte und die gleichzeitig hohen Abzugsmöglichkeiten (Unterhalt, Schuldzinsen) führen dazu, dass ein Grossteil der WohneigentümerInnen weniger Steuern zahlt als MieterInnen in einer vergleichbaren familiären und finanziellen Situation.

Antrag der Geschäftsleitung: NEIN zur Initiative

II. Volksinitiative «Für die Stärkung der Volksrechte in der Aussenpolitik (Staatsverträge vors Volk!)»

Ausgangslage

Die Volksinitiative „Für die Stärkung der Volksrechte in der Aussenpolitik“ (Staatsverträge vors Volk) schlägt vor, das obligatorische Referendum für völkerrechtliche Verträge erheblich auszuweiten. Gemäss Initiativtext sollen dem obligatorischen Referendum völkerrechtliche Verträge unterliegen, die eine multilaterale Rechtsvereinheitlichung in wichtigen Bereichen herbeiführen, die Schweiz verpflichten, zukünftige rechtsetzende Bestimmungen in wichtigen Bereichen zu übernehmen, Rechtsprechungszuständigkeiten in wichtigen Bereichen an ausländische oder internationale Institutionen übertragen oder neue einmalige Ausgaben von mehr als 1 Milliarde Franken oder neue wiederkehrende Ausgaben von mehr als 100 Millionen Franken nach sich ziehen.

Einschätzung

Das Bemühen der Initiative, den Stimmberechtigten im Bereich der Aussenpolitik mehr Beteiligungsmöglichkeiten einzuräumen, ist nicht grundsätzlich falsch, verfolgt aber mit dem Ansatz des obligatorischen Referendums und damit dem Einbezug der Kantone den falschen Ansatz. Die Notwendigkeit eines Ständemehrs soll in der Aussenpolitik auf völkerrechtliche Verträge mit verfassungsrechtlicher Tragweite beschränkt bleiben. Für die anderen gibt es die Möglichkeit des fakultativen Referendums – ganz offensichtlich möchte die AUNS die Mittel aber lieber in den Abstimmungskampf als in die Unterschriftensammlung stecken. Es drängt sich nicht auf, den Kantonen ein Vetorecht in der Aussenpolitik zu erteilen, da diese bereits über ausreichende Mittel verfügen, um sich Gehör zu verschaffen. Zahlreiche Verträge, über die bei Annahme der Initiative zwingend abgestimmt werden müsste, haben für die Öffentlichkeit weniger bedeutende Inhalte zum Gegenstand wie z.B. das „Haager Übereinkommen vom 5. Juli 2006 über die auf bestimmte Rechte an intermediär verwahrten Wertpapieren anzuwendende Rechtsordnung“. Es wäre mit 2-3 zusätzlichen Abstimmungsvorlagen pro Jahr zu rechnen.

Zudem lässt der Initiativtext aufgrund seiner Unbestimmtheit einen derart weiten Interpretationsspielraum offen, dass nur eine lange Praxis mit der Zeit Rechtssicherheit darüber herbeiführen könnte, welche Verträge genau unter die Bestimmung fallen.

Antrag der Geschäftsleitung: NEIN zur Initiative

III. Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) (Managed Care)

Am 17. Juni stimmen wir über die sogenannte Managed-Care-Vorlage (Teilrevision Krankenversicherungsgesetz Managed Care) ab, gegen die das Referendum ergriffen wurde. Die SP hat an ihrer letzten Delegiertenversammlung am 3. Dezember 2011 in Luzern das Referendum klar mit 124 zu 54 Stimmen bei 5 Enthaltungen unterstützt. Eine Mehrheit der SP kämpft gegen diese Vorlage, weil sie unter dem Strich für die Patientinnen und Patienten weniger Leistung zu höheren Kosten bringt. Einmal mehr haben sich die Bürgerlichen geweigert, eine ausgewogene Vorlage zu verabschieden. Stattdessen haben sie einseitig die Macht der Versicherungen gestärkt. Die Zeche zahlen in erster Linie die chronisch Kranken und die Menschen in den Randregionen.

Bereits heute bestehen Versorgungsnetze, und sie funktionieren allgemein gut. Die SP anerkennt die Vorteile der integrierten Versorgungsnetze, deren Ziel ist, die Pflege zu koordinieren und unnötige Konsultationen und Analysen zu vermeiden sowie die Qualität zu verbessern. Die SP hat dafür gekämpft, dass ein für alle Parteien akzeptabler Kompromiss gefunden werden kann. Ein akzeptabler Kompromiss heisst, dass dieser nicht Partikularinteressen befriedigen, sondern der gesamten Bevölkerung nützen soll.

Die Steuerung im Gesundheitswesen wird den Krankenkassen überlassen

Seit langem ist die SP der Meinung, dass das Finanzierungssystem der Gesundheitsdienste für alle Pflegearten, ob stationär oder ambulant, nach demselben Finanzierungsschlüssel erfolgen muss. Ausserdem soll die öffentliche Hand für Planung und Tarifierung im stationären und ambulanten Bereich verantwortlich zeichnen. Mit dem Managed Care sind es nun aber die Krankenkassen, die am stärkeren Hebel sind. Sie sind es, die mit den integrierten Pflegediensten Verträge abschliessen werden, und da sie vorläufig nicht verpflichtet sind, solche Netze anzubieten, können sie ihre Bedingungen umso leichter durchsetzen. Sie werden somit über einen erheblichen Spielraum verfügen. In diesem Rahmen haben die Kantone im ambulanten Bereich keinerlei Steuerungskompetenzen erhalten. Sie können die integrierten Pflegenetze weder nach qualitativen Kriterien akkreditieren, noch können sie darüber wachen, dass das Angebot vollständig ist. Das vorgesehene System ist völlig intransparent. Den Kantonen bleiben keine Kontrollmöglichkeiten. Tatsächlich werden die Krankenkassen den ambulanten Bereich der obligatorischen Krankenversicherung steuern.

Ständige Erhöhung der von den PatientInnen getragenen Kosten

Um die Leute zu veranlassen, einem integrierten Pflegenetz beizutreten, hat die SP immer auf Anreize statt Strafen gesetzt. Gemäss der Managed-Care-Vorlage werden die Versicherten, die keinem Managed-Care-Modell beitreten wollen, "bestraft" und künftig bis zu einem Gesamtbetrag von 1000.- (gegenüber 700.- heute) einen Selbstbehalt von 15% (gegenüber 10% heute) bezahlen müssen, und dies ohne Aussicht auf Mehrleistungen. Dies benachteiligt insbesondere

chronisch Kranke, die sich bereits in einer schwächeren Position befinden. Hinzu kommt, dass die Maximalbeträge des Selbstbehalts künftig an die Kostenentwicklung der Krankenversicherung angepasst werden, was rasch zu bedeutenden Erhöhungen führen könnte. Man muss feststellen, dass, während die Krankenkassenprämien jedes Jahr steigen, die von den Versicherten zu tragenden Kosten ständig zunehmen. Zur Erinnerung: Die Neuordnung der Pflegefinanzierung, die neue Spitalfinanzierung, die Streichung von Leistungen des Grundkatalogs (Brillen etc.) sowie die Erhöhung des Beitrags an die Kosten des Spitalaufenthalts von 10.- auf 15.- belasten das Portemonnaie der Kranken immer stärker.

Wahlfreiheit nur für Begüterte

Wer diese Mehrkosten nicht tragen kann - übrigens ohne entsprechende Erweiterung oder Verbesserung der Leistungen - hat keine andere Wahl, als sich einem integrierten Pflegenetz anzuschliessen, sofern in seiner Region ein solches existiert. Diesbezüglich werden die Randregionen stark benachteiligt bleiben. Tatsächlich werden jene, die nicht über die nötigen Mittel verfügen, den Arzt nicht mehr frei wählen können. Dieses Vorrecht wird das Privileg der Begüterten bleiben. Chronisch Kranke werden vielleicht nicht einmal die Möglichkeit haben, das Pflegenetz frei zu wählen, falls ihr Vertrauensarzt, den sie seit Jahren aufsuchen, sich an keinem oder einem anderen Netzwerk beteiligt. Ausserdem wird ihre Wahlfreiheit durch den Abschluss von dreijährigen Verträgen eingeschränkt, die sie nur mit einer Ablösesumme vorzeitig kündigen können, deren Höhe von den Versicherungen festgelegt wird und die, was nicht überrascht, eher hoch angesetzt sein wird. Da die Ärztenetze zudem das Recht haben werden, mit Spitälern und Heimen Exklusivverträge abzuschliessen, könnten PatientInnen gezwungen werden, dort einzutreten, da die Netzwerke mit diesen Einrichtungen äusserst vorteilhafte Verträge abgeschlossen haben, dies trotz der Tatsache, dass die neue Spitalfinanzierung die freie Spitalwahl vorsieht.

Schlussfolgerung

Die Gleichung Managed Care = generelle Senkung der Krankenkassenprämien ist ganz einfach falsch. Im Gegenteil, es ist illusorisch zu glauben, dass diese Revision des KVG die Gesundheitskosten bei gleichbleibender Qualität senken wird. Denn die wirklichen Kostenfaktoren, die insbesondere von der Pharmaindustrie und der Bürokratie der Krankenkassen verursacht werden, bleiben unverändert. Diese Vorlage, wie sie verabschiedet wurde, wird die Sparpolitik im Gesundheitsbereich verstärken und bildet einen weiteren Schritt hin zu einer Verkommerzialisierung des Gesundheitssystems. Schritte hin zu einem ungerechten System, das mehr auf Profit als auf das Patientenwohl ausgerichtet ist. Schritte hin zu einer Zweiklassenmedizin, einer Entwicklung, der sich die SP vehement widersetzt.

Antrag der Geschäftsleitung: NEIN zur Änderung des Bundesgesetzes

Traktandum 8: Wahlen in Frankreich: Aufruf der PS France

In Frankreich stehen die Wahlen bevor und auch die in der Schweiz lebenden Französinen und Franzosen sind aufgerufen an die Urne zu gehen. Am 22. April und 6. Mai finden die Präsidentschaftswahlen statt und am 10. und 17. Juni wird das neue Parlament gewählt. Unsere französischen Mitbürgerinnen und Mitbürger können zum ersten Mal nicht nur an den Präsidentschaftswahlen teilnehmen, sondern auch eine eigene Kandidatin oder einen eigenen Kandidaten in die Nationalversammlung wählen. Für die Sozialdemokratische Partei Frankreich geht Nicole Castioni ins Rennen. Nicole ist Schweiz-Französische Doppelbürgerin. Sie war im Genfer Grossrat und ist heute beisitzende Richterin am Genfer Strafgericht.

Nicole Castioni ist die Delegierte des sozialdemokratischen Präsidentschaftskandidaten François Hollande im Wahlbezirk Schweiz-Liechtenstein. Um Nicole und François in ihrem Wahlkampf zu unterstützen suchen wir engagierte Genossinnen und Genossen, die an ihrem Wohnort ein Treffen mit Nicole und den dort lebenden Französinen und Franzosen arrangieren.

Was könnt ihr tun um mitzuhelfen:

- Informiert die Französinen und Franzosen in Eurem Bekanntenkreis über Nicole Castioni. Am besten verweist ihr auf ihre Homepage <http://castioni2012.fr> oder ihre Facebook-Seite www.facebook.com/Ncastioni
- Wenn ihr in eurer kantonalen Sektionen, unter euren Freunden oder in eurem Bekanntenkreis Französinen und Franzosen (insbesondere Doppelbürgerinnen und -bürger) kennt, fragt sie, ob sie Lust hätten, Nicole Castioni persönlich zu treffen. Wenn ihr zehn oder zwanzig Personen mobilisieren könnt reicht das völlig aus, dazu ein passender Ort für das Treffen. Es wäre toll, wenn ihr auch einige Französinen und Franzosen zu einer Diskussion mit Nicole Castioni über positive oder negative Aspekte ihrer beruflichen, kulturellen, gewerkschaftlichen oder sportlichen Tätigkeit, ihres Verbandsengagements oder auch ihres Privatlebens motivieren könntet.

Nicole fände es schön, die Französinen und Franzosen in der Romandie und der Deutschschweiz an deren Wohnorten zu treffen.

Ihr könnt dazu beitragen, dass die stellvertretende Abgeordnete der Französinen und Franzosen in der Schweiz eine Sozialdemokratin wird. Nicole hat realistische Chancen die Wahl zu gewinnen. Ausserdem helft ihr mit, dass François Hollande als neuer Präsidenten gewählt wird. Euer Engagement ist uns ebenso willkommen wie eure guten Ideen.

Notizen

